

Klausur Nr. 1

Thema: Wirtschaftspolitische Neuorientierung in Frankreich

Aufgabenstellung:

1. Erläutere bitte die Neuorientierung der Wirtschaftspolitik Frankreichs im Frühjahr 1981.
2. Untersuche, inwiefern es sich im vorliegenden Beispiel um eine typisch keynesianische Wirtschaftspolitik handelt. Gehe in diesem Zusammenhang auch auf die vorgenommenen Steuererhöhungen ein.
3. Erkläre, warum die französische Regierung 1982 ihren wirtschaftspolitischen Kurs korrigieren musste. – Wie ist der Zustand der französischen Wirtschaft zu beschreiben (Anfang der 80er Jahre)?
4. Formuliere bitte ein Fazit zu den Stärken und Schwächen der keynesianischen Wirtschaftspolitik.

Viel Glück und Erfolg!!

Wirtschaftspolitik in Frankreich

Neben den Vereinigten Staaten ist Frankreich das zweite große Industrieland, das in diesem Jahr einen ausdrücklichen Wechsel der Wirtschaftspolitik vorgenommen hat. ...
5 Die neue Regierung, die seit dem Frühjahr 1981 im Amt ist, hat sich als wichtigstes Ziel vorgenommen, die Arbeitslosigkeit mit staatlichen Maßnahmen direkt zu bekämpfen. ...
Dazu hält sie expansive staatliche Maßnahmen bei Inkaufnahme höherer Defizite für geeignet. ... Im Sommer wurden Maßnahmen beschlossen, die vor allem den Beziehern kleinerer Einkommen zugute kommen und den privaten Verbrauch stützen sollen. Das
10 Staatsdefizit für 1981 wird jetzt auf 57 Mrd. Franken¹ geschätzt, nach 30 Mrd. Franken zu Beginn des Jahres. ... Im Haushaltsentwurf für 1982 liegt das Schwergewicht auf beschäftigungswirksamen Maßnahmen und Investitionsförderung. Im öffentlichen Dienst sind über 50.000 neue Stellen eingerichtet worden. ... Für 1982 sind Ausgabensteigerungen um über 27 v.H. vorgesehen. Nach einem Anstieg der Staatsausgaben von 16 v.H. im
15 vergangenen und nahezu 18 v.H. in diesem Jahr ist dies ein beträchtlicher Ausgabenschub. Das Defizit wird sich 1982 nach vorläufiger Planung auf über 95 Mrd. Franken belaufen. Umfangreiche Steuererhöhungen sind vorgesehen. Bereits im Nachtragshaushalt 1981 wurden die Steuern für hohe Einkommen erhöht. [...] Im Rahmen der laufenden Budgetdebatte steht die Einführung einer Vermögenssteuer zur Dis-
20 kussion.²

In Frankreich mußte sich die Regierung 1982 zu Kurskorrekturen entschließen. Im vergangenen Jahr war sie zu einer expansiven Finanz- und Sozialpolitik übergegangen. Auch die Geldpolitik folgte anfangs dieser Linie; sie wollte die Zinsen zum Sinken bringen.
25 Über die Verstaatlichung von Industrieunternehmen und Banken wollte die Regierung zudem ihre Möglichkeiten erweitern, in den Wirtschaftsablauf einzugreifen. In der Lohnpolitik setzte man auf Konsens und hoffte auf moderate Abschlüsse. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. ... Trotz der Abwertung³ im vergangenen Jahr büßte die französische Industrie deutlich an Wettbewerbsfähigkeit ein. Die Exporte gingen
30 zurück. Die Importe nahmen infolge der stimulierten Konsumnachfrage kräftig zu. Der Fehlbetrag in der Handelsbilanz lag in den ersten acht Monaten dieses Jahres weit über dem des gleichen Zeitraumes im vergangenen Jahr, und schon damals war das Defizit hoch gewesen. Es kam zu erheblichen Kapitalabflüssen. ... Die Regierung versuchte zunächst mit Devisenkontrollen⁴ und einer weiteren Abwertung den Schwierigkeiten zu
35 begegnen. Es kam jedoch zu keiner durchgreifenden Besserung. Auch die Zinsen konnten nicht niedrig gehalten werden; sie sind vielmehr beträchtlich gestiegen. ... Die Regierung sah sich gezwungen, Schritt für Schritt Kurskorrekturen vorzunehmen.

Quelle: Auszüge aus den Jahresgutachten des Sachverständigenrates⁵ der Jahre 1981/82 und 1982/83.

¹ Es sind Französische Francs gemeint.

² Hier endet der Auszug aus dem Gutachten 1981/82; es folgen Auszüge des Jahresgutachtens 1982/83.

³ Die französische Währung verliert an Wert zu anderen Währungen. Beispiel: Nach einer Abwertung müssen die Franzosen für eine DM nicht mehr 3 FF sondern 4 FF bezahlen.

⁴ Die Ein- und Ausfuhr von Devisen wurde im Umfang eingeschränkt.

⁵ "Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen".